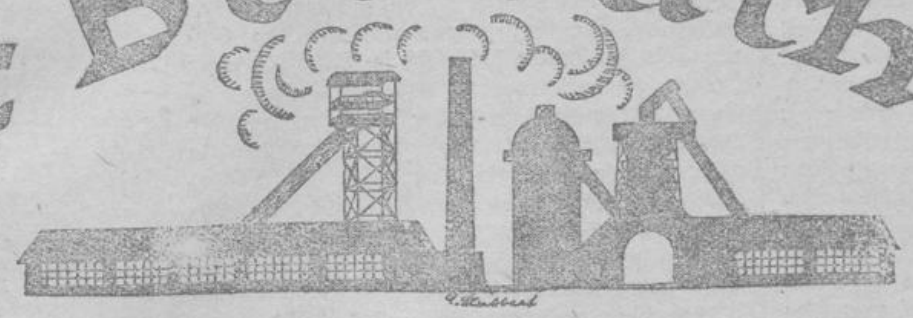
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 5. August 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 31**

Inhalt der Nummer:

Die Aufgaben unserer Partei in der augenblicklichen politischen Lage. Vortrag von Herrn Klingspor.
Das kranke Vaterland.
Die Schutzgesetze und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.
Die bayerische Krisis.
Geheimrat Quaatz über „Spaltungen in der D. V. P."
Den Finger drauf.
Aus der Partei.
Kundgebungen der Deutschen Volkspartei.

Die Aufgaben unserer Partei in der augenblicklichen politischen Lage.

Vortrag von Herrn Klingspor,
gehalten auf der Kreisvorstands-Sitzung
am 12. Juli 1922.

Wie weit wir noch von der Verwirklichung des hohen Zieles, das unsere Partei für den Wiederaufbau sich gesetzt hat, entfernt sind, wie krisenhaft und ungesund die Zustände bei uns sind, das hat blitzartig die unselige Tat des 24. Juni aufgehellt. Hier ist wieder einmal ein Ereignis eingetreten, das für die innere und äußere Politik von weittragender Bedeutung ist. Man mag mit Rathenau nicht einverstanden sein und zu ihm sich stellen, wie man will, so muß man dem Manne doch zuerkennen, daß er eine große Portion Optimismus besessen hat, die ihn veranlaßte, alle seine privaten glänzenden Stellungen aufzugeben, um sich der politischen Arbeit für das deutsche Volk zur Verfügung zu stellen. Rathenau ist ein glänzender Schriftsteller und ein tüchtiger Wirtschaftler gewesen. Ob er auch ein hervorragender Politiker war, das mag dahingestellt bleiben. Die Meinungen darüber sind auf jeden Fall sehr geteilt. Man wird sich noch erinnern an die eigenartigen Vorgänge, unter denen Rathenau das Ministerium des Äußern übernommen hat. Die Deutsche Volkspartei verfolgte sehr wachsam seine Politik, und wenn sie ihn in der ersten Zeit stützte, so hat sie ihm in der späteren Zeit, vor allem seit dem Wiesbadener Abkommen, wenig vertrauensvoll gegenübergestanden. Der einzige Erfolg, der wohl während seiner Amtszeit zu buchen ist, war der Vertrag von Rapallo, wo das deutsche Volk das erstemal zeigte, daß es ohne Rücksicht auf die Weltmächte, die es gängeln und leiten wollen, bewußt eine eigene aktive Politik treiben kann, wenn es geschlossen zusammensteht. Der Hauptvorzug Rathenaus war wohl seine innige Beziehung zu den Weltwirtschaftskreisen und seine tiefe Kenntnis weltwirtschaftlicher Vorgänge.

In einer Zeit, wo die weltwirtschaftlichen Probleme mit den politischen aufs engste miteinander verknüpft sind, hätte uns dieser Mann von großem Nutzen sein können, vor allen Dingen, wenn man bedenkt, daß seine Stellung zu den Dingen in der letzten Zeit eine wesentlich andere geworden ist. Am Abend vor seiner Ermordung hat er mit unserem Parteifreund Hugo Stinnes eine stundenlange Unterredung gehabt, die wohl deutlich zeigt, daß zwei politisch so verschieden eingestellte Männer in wirtschaftlichen Fragen Hand in Hand gehen können; aber diese Hoffnungen sind durch den Tod Rathenaus vernichtet worden. — Der Rathenau-Mord übte auf die Regierung einen äußerst ungünstigen Einfluß aus. Der Reichskanzler benutzte diese Gelegenheit, um, genau wie nach dem Erzberger-Mord, von höchster Stelle aus die Parole „Der Feind steht rechts" ins Land hinauszurufen. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften riefen zu Demonstrations-Streiks auf mit all ihren unangenehmen Nebenerscheinungen. Es ist geradezu unverantwortlich von einem Staatsmann an höchster Stelle, solch eine Parole auszugeben, das Volk auseinander zu reißen, und den Riß, der langsam am Verschwinden war, durch tieferes Hineintreiben eines Keiles wieder beängstigend zu erweitern. Seine Aufgabe muß es doch sein, in solch gefährlichen Momenten die guten und willigen Elemente des Volkes zusammenzufassen und zu binden, um dadurch dem ganzen Volke und seiner Politik Macht und Festigkeit zu geben; statt dessen weckt er das rohe Machtbewußtsein der Massen und führt eine Zerreißung herbei in zwei Gruppen, hie rechts, hie links, oder hie Republik, hie Monarchie. Wie steht die Deutsche Volkspartei zu diesen Ereignissen der letzten Zeit? Die Deutsche Volkspartei hat schon bei der Ermordung Erzbergers, so auch in diesem Falle, klar und deutlich ausgesprochen, daß sie den politischen Mord verurteilt. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn jugendliche Menschen aus einer falschen politischen Einstellung heraus mit der Waffe in der Hand in das politische Leben eines großen Volkes eingreifen und so Land und Volk in die allerschwersten innen- und außenpolitischen Gefahren stürzen. Es wird Aufgabe der politischen Parteien sein, auf die Jugend so einzuwirken, besonders in den Jugendgruppen, daß solche und ähnliche Vorfälle nicht mehr vorkommen, damit das politische Leben eine gewisse Beruhigung erfährt und Stetigkeit erhält. Die politische Lage hat sich aber von Grund auf verschoben. Innenpolitisch können wir feststellen, daß durch den Rathenau-Mord eine starke Annäherung der drei sozialistischen Parteien und ein Vordrängen des Radikalismus innerhalb derselben eingetreten ist; dazu kommt noch, daß im Hintergrunde die Gewerkschaften stehen und wie nach allen großen politischen Ereignissen: Kapp-Putsch, Erzberger-Mord, wieder versuchen, den allerstärksten Druck über die sozialistischen Parteien auf die Regierung auszuüben. Auch innerhalb der Gewerkschaften zeigt sich eine starke Radikalisierung, vor allem nach dem Tode ihres großen Führers Karl Legien. Es zeigt sich immer mehr, daß dieser Mann, der einen gewissen politischen Weitblick besaß, für die deutsche Gewerkschaftsbewegung viel zu früh gestorben ist. Auch bei Zentrum und Demokratie trat nach den ersten Eindrücken ein vollständiges Versagen ein, und die Besinnung und politische Überlegung trat erst ein, nachdem man dort erkannte, wohin die durch die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften getragene Bewegung ausmündete, nämlich in eine Herrschaft der Straße. Die Deutschnationale Partei hat wohl durch dieses Ereignis, ob mit Recht oder Unrecht, das wollen wir hier nicht untersuchen, den allerschwersten Schaden davongetragen. Es ist überhaupt eine merkwürdige Erscheinung und ein Beweis für die vollständige Verwirrung der politischen Begriffe im deutschen Volke, daß die Arbeitermassen auf die Straße ziehen und demonstrieren für einen der größten Arbeitgeber des deutschen Wirtschaftslebens. Unter den Eindrücken, die der Rathenau-Mord auslöste, und unter den Folgen, die sich daran knüpften, kehrte bei Zentrum und Demokraten die Erkenntnis ein, daß sie sich auf falschen Wegen befänden, und damit das Bestreben, sich der Deutschen Volkspartei zu nähern. — Aber auch außenpolitisch ist der Rathenau-Mord mit seinen Nachwirkungen von größter Tragweite. Er bedeutet nämlich die Selbstausschaltung Deutschlands in der Außenpolitik. Nach dem Vertrag von Rapallo waren die Weltmächte zu der Erkenntnis gekommen, daß Deutschland nicht gewillt war, auf eine eigene aktive Politik zu verzichten. Dazu kam, daß durch die Pariser Bankier-Konferenz im Anschluß an die Konferenz von Genua die Weltwirtschaftsfaktoren zu der Erkenntnis kamen, daß die wirtschaftliche Vernichtung

Deutschlands verhindert werden müßte und sich daher bemühten, Mittel und Wege zu suchen, um eine Gesundung Deutschlands, soweit sie dieselbe für notwendig hielten, herbeizuführen. In Amerika hat langsam eine Umstellung der politischen Beurteilung Deutschlands eingesetzt. Dieser Prozeß ist aber wieder durch den Rathenau-Mord jäh unterbrochen worden, und die Zuversicht zur deutschen Wirtschaft ist im Schwinden begriffen. In Frankreich besteht Poincaré, veranlaßt durch die Schwäche der deutschen Außenpolitik und gestärkt durch das Vertrauen der Kammer, auf seinen Schein und droht mit Zwangsmaßnahmen. Man überschätzt jenseits unserer Grenzen die reaktionären und monarchistischen Tendenzen, man fürchtet ein weiteres wirtschaftliches Absinken und läßt deutlich erkennen, daß bei weiterer zunehmender Radikalisierung keine Hilfe von außen zu erwarten sei. Der Bolschewismus aber schürt und nährt dieses verzehrende Feuer und glaubt, wieder einen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung seiner Ziele weitergekommen zu sein. Die französische Politik, deren Endziel nicht die wirtschaftliche Ausnutzung, sondern die Zerstückelung Deutschlands ist, glaubt sich ihrem Ziele näher und erwartet von der inneren Zerreißung und Bekämpfung die allergrößten Vorteile. — Zu diesen innen- und außenpolitischen Folgen des Rathenau-Mordes treten auch noch wirtschaftliche. Die Entwertung der Mark und die damit verbundene Steigerung der Teuerung schreiten unaufhaltsam weiter. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, versucht die Arbeiterschaft durch Lohnkämpfe ihre Lebenslage zu verbessern. So erleben wir ein stetiges Hinterherlaufen der Löhne hinter der Teuerung, damit ein Sinken der Valuta und letzten Endes eine Wirtschaftsentwicklung, deren Folgen nicht abzusehen sind. Erschwert wird diese Entwicklung durch die andauernden Ernährungs-Schwierigkeiten des deutschen Volkes. Der wirtschaftliche Ausverkauf und Übergang der deutschen Ware in fremde Hände schreitet dabei immer weiter fort.

Als Auswirkung des Rathenau-Mordes hat die Reichsregierung dem Reichstag ein Gesetz zum Schutze der Republik vorgelegt. In der Form, wie das Gesetz von der Regierung vorgelegt worden ist, birgt es allerlei Gefahren. Zuerst ist nicht zu verstehen, warum man dieses Gesetz zum Schutze der republikanischen Verfassung und nicht zum Schutze der Staats-Verfassung benannt hat. Die Plattform für die politischen Parteien wäre dadurch bedeutend größer gewesen. Dann soll das Gesetz für eine Zeit von fünf Jahren Geltung besitzen, ein Zeitraum, der wirklich sehr reichlich bemessen ist, und es ist uns unmöglich, einzusehen, daß er notwendig war. Auch der Staatsgerichtshof birgt eine große Gefahr, die darin besteht, daß er nichts anders als ein Revolutions-Tribunal wird. Hier muß unsere Partei vor allen Dingen auf diese Gefahren aufmerksam machen und wenn möglich, sie verhindern. Den stärksten Widerspruch aber findet dieses Gesetz in Bayern, wo man es als einen Eingriff in die Landeshoheitsrechte betrachtet. Diese Gefahren sind nicht zu unterschätzen, denn wenn sich Bayern vom Reiche trennt, dann wird es nicht mehr lange dauern, so werden Hannover, Ostpreußen, das Rheinland ihm folgen. Aber gerade die deutsche Geschichte zeigt uns in erschütternden Weise, wie leicht wir auseinandergehen und wie schwer es ist, wieder zusammenzukommen. Wir brauchen nur an die Lostrennung der Schweiz und Hollands zu denken. Nun haben aber die Linksparteien mit der Auflösung des Reichstages gedroht, wenn sich die Zweidrittelmehrheit, die zur Annahme des Gesetzes notwendig ist, nicht finden sollte. Wenn wir die Möglichkeiten untersuchen, die durch eine Neuwahl entstehen und daran anschließend die Regierungsbildung betrachten, so können wir wohl behaupten, daß mit einer sozialistischen Regierung, abgesehen von innerpolitischen, auch von außenpolitischen Gesichtspunkten, nicht zu rechnen ist. Das Ausland würde glatt jedes Vertrauen zu Deutschland verlieren und auch in einer Linksregierung keine Kräfte sehen, die das Vertrauen rechtfertigen könnten. Wenn man diese Schwierigkeiten zu überwinden suchte durch Eintritt der U.S.P. in die Koalitionsregierung, so würden dadurch die Demokraten und das Zentrum zu vollständiger Einflußlosigkeit verurteilt werden. Bleibt eine Erweiterung der Regierung nach rechts durch Hinzunahme der Deutschen Volkspartei zur Regierungs-Koalition. Das Zentrum, die Demokraten haben sich in diesem Sinne an Dr. Stresemann gewandt, der diese Anfrage zustimmend beantwortete. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hat diesen Entschluß in vollstem Maße gebilligt. Daß dieser taktische Zug einstimmig beschlossen worden ist, ist ein hocherfreuliches Zeichen. Damit ist aber die große Koalition, wie sie in Preußen schon besteht, auch im Reiche wieder am Horizont erschienen. Verhindert worden ist dadurch ein zu starker Einfluß der Linksparteien, und damit eine Radikalisierung der Regierung, wie sie durch den alleinigen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung eingetreten wäre.

In allen so wichtigen politischen Fragen soll man doch den Hauptfehler, aus gefühlsmäßiger Einstellung heraus zu den politischen Vorgängen Stellung zu nehmen, vermeiden, und mit ruhigem, klarem Kopf an diese Dinge herantreten. Gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung werden von links allerlei Schwierigkeiten gemacht, so daß wir mit allergrößter Wahrscheinlichkeit annehmen können, daß die bisherige Regierung weiter bestehen bleibt. Kommt dieses Gesetz zum Schutze der Republik nicht zustande, dann wird wohl, wie die Dinge augenblicklich liegen, die Auflösung des Reichstages erfolgen. Darin liegt aber eine ungeheure Gefahr. Der politische Kampf unter der Losung: „Hie Monarchie, hie Republik" würde eine ungeheure Schärfe annehmen und birgt bei dem dadurch hervorgerufenen Steigen der Valuta und damit der Teuerung in sich verhängnisvolle Möglichkeiten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Bürgerkrieg am Ende der Ereignisse stehen würde. — Welche Aufgaben ergeben sich daher für unsere Partei? Es ist unbedingt notwendig, daß die Reichstagsauflösung verhindert wird. Die Reichstagsfraktion muß alle Zugeständnisse machen, die sie für halbwegs tragbar hält, um diese Entwicklung zu verhindern. Es ist wohl klar, daß der Mehrzahl unserer Parteifreunde diese Zugeständnisse nicht nach dem Herzen sind, aber es kommt nur darauf an, daß wir uns die Daseinsmöglichkeiten erhalten. Weiter wird es Aufgabe der Partei sein, eine Radikalisierung der Regierung zu verhindern, und die von der Regierung zerschlagene Staatsautorität wiederherzustellen und zu festigen. Das deutsche Volk braucht vor allen Dingen Ruhe und Ordnung im eigenen Lande, sowohl aus innerals auch aus außenpolitischen Erwägungen heraus. Es ist notwendig, daß unsere Partei sich in diesem Sinne einsetzt.

Dies kann nicht aus Stimmungs- und Gefühlspolitik heraus, sondern durch nüchternes, verstandesgemäße. Abwägen aller Möglichkeiten geschehen, getragen von dem heißen Willen, unserem Volke zu helfen. Dabei ist es notwendig, Liebgewordenes, aber augenblicklich nicht Erreichbares vorübergehend zurückzustellen. Das große Ziel muß man aber immer vor Augen haben, wir müssen täglich danach streben. Aus den kleinen Schwankungen der Tagespolitik den Schluß ziehen zu wollen, daß sich das Ziel verschiebt, oder daß man sich auf einem Abweg befindet, ist vollständig falsch, denn wie der Schiffer auf seiner Fahrt nach einem fernen Ziel sich demselben nicht in direkter Fahrt nähert, sondern kreuzen und lavieren muß,, so auch eine politische Partei, die ein großes Ziel vor Augen hat und doch den politischen Tagesereignissen Rechnung tragen muß. Das große Ziel aber unserer Partei ist, alle Brüder und Schwestern unseres armen, geknechteten Volkes zusammenzuführen, nicht zu trennen und zu zerreißen, sondern zusammenzuführen und zu binden, nicht das Hinarbeiten auf Klassengegensätze, sondern das Zusammenführen zur Volksgemeinschaft. Dazu aber müssen alle Hand anlegen, vor allem die vielen Lauen und Teilnahmslosen, die vielleicht aus Verzweiflung oder Überdruß sich aus dem politischen Leben fernhalten, sie alle müssen ihre besten Kräfte einsetzen für dieses hohe Ziel, und dann können wir wohl unsern Entschluß zusammenfassen in die Worte: „Es wird und muß uns doch gelingen!"

Das kranke Vaterland.

Ein trüber, fauler Sommer schleicht durch das Land. Er läßt eine mäßige Mittelernte erwarten. Trotz des Zustandekommens der Getreideumlage, gegen die gerade in den letzten Tagen sich nahezu geschlossen das demokratische Musterland Baden gewandt hat, werden die geringen Mengen und hohen Preise der ländlichen Produkte uns im Herbst vor die größten Schwierigkeiten stellen. Der Dollar ist im Gefolge all der Unruhen, die wir in der letzten Zeit in Deutschland erlebten, und die nicht nur uns, sondern auch dem Auslande zeigten, daß wir noch mitten in revolutionären Zeiten stehen, zu einer solchen Höhe gestiegen, daß alle Preise wieder nach oben streben und die Folgen einer solchen Preisbewegung in vergrößertem und verstärktem Maße uns wieder bevorstehen. Ob sie überwunden werden können, ist fraglich. Einer der ständigen amerikanischen Beobachter, eine Kompetenz auf dem Gebiete des Finanzwesens, Vanderlip, hat ja in diesen Tagen erklärt, daß wir österreichische Verhältnisse, denen wir im Eilzugstempo zustreben, in Deutschland nicht würden ertragen können, da diese zu einer neuen Revolution führen würden. Wir halten dies Urteil für zutreffend. Die „Entspannung der politischen Lage", die durch die Annahme des Reichsgesetzes über den Schutz der Republik eingetreten ist, darf über die drohende Zukunft nicht hinwegtäuschen. Schon heute ist es ja aber auch infolge der Haltung Bayerns fraglich geworden, ob überhaupt von einer „Entspannung" gesprochen werden kann.

Das Gesetz ist durch die Mithilfe der Deutschen Volkspartei zustande gekommen. Wenn auch nicht mit allen Stimmen, so hat doch die Partei durch die Schwerkraft ihrer Mehrheit nach langer, zum Teil erfolgreicher Mitarbeit in dem Rechtsausschuß das Zustandekommen erst gesichert. Gerade für eine Zeitung ergeben sich viele schwere Bedenken aus den Bestimmungen des Gesetzes, die der Presse für eine Überschreitung des Rahmens der Sachlichkeit in kritischen Betrachtungen von Regierungsmännern und -maßnahmen schwere Strafen androhen. Wo liegt die Grenze, jenseits deren die Verleumdung und Beschimpfung anfängt? Wer schützt die Vergangenheit vor dem, was die Gegenwart als unerträglich bezeichnet? Ungeachtet dieser Erwägungen haben wir uns entschlossen, die Haltung der Deutschen Volkspartei zu billigen. Wir haben trotz aller weiterer Bedenken, die vor allem in der Möglichkeit einer schikanösen Anwendung des Gesetzes begründet liegen, Verständnis für diese Einstellung der Parteiführung aufgebracht, die eine Verwirklichung der Parole „Schließt die Reihen" darstellt und bestimmt ist, Deutschland dem Zustande inneren Friedens näherzubringen. Denn darüber darf kein Zweifel bestehen: Wir sind von einem solchen Zustand der Beruhigung noch durch tiefe Abgründe und durch die unfruchtbaren Steppen öden Parteigezänks getrennt. Wir sind krank geworden nach dem unermeßlichen Niederbruch, den wir als Volk erleben mußten, und diese Krankheit hat sich in den darauffolgenden „Friedensjahren" ständig verschlimmert.

Alle Gewaltkuren, die rechtsradikale Politiker und ihre Gefolgschaften forderten und durch ihre Presse vorbereiteten, haben zwar in Gestalt von Morden gewaltsame Entladungen herbeigeführt, haben uns aber in unserem Gesundungsprozeß weit zurückgeworfen. Es war daher Zeit, daß hier durch Schaffung schärfster Bestimmungen und der Möglichkeit, sie schnell und wirksam in Kraft zu bringen, eingegriffen wurde, denn eine Fortsetzung dieser Art, Politik zu treiben, würde nur das Wenige noch nach-

holen, was an Gewaltkuren von linksradikaler Seite in den letzten Jahren unaufhörlich versucht worden ist. Es gilt jetzt, eine Stabilisierung der Verhältnisse herbeizuführen, auf die eine Politik der Mitte aufgebaut und damit das Volk einem Gesundungsprozeß auf nationaler Grundlage entgegengeführt werden kann. Oder sollte vielleicht gerade heute das Wort Bismarcks, nach dem er schon zur Zeit seiner Amtsführung handelte, keine Geltung mehr besitzen: „Ein großer Staat regiert sich niemals aus den Anschauungen einer Partei heraus, sondern auf Grund einer Mittellinie, die sich aus den Anschauungen der verschiedenen großen Parteien ergibt." Denen, die weiter rechts von uns stehen, und vielleicht auch solchen Stimmen aus der Deutschen Volkspartei, die in banger Sorge die Frage erheben, ob wir denn unsere Grundauffassungen ändern und vergessen wollten, antworten wir: Wir haben nicht die Absicht, eine Auseinandersetzung über unsere politische Überzeugung jetzt herbeizuführen. Wir können und wir wollen es nicht, weil die Fortsetzung einer solchen Erörterung nur ein Weiterscheiten auf dem Wege der innerpolitischen Zerrissenheit und damit eine Fortsetzung unseres Krankheitsprozesses bedeuten würde, aber wir würden sie auch nicht zu scheuen haben, weil unser politisches Glaubensbekenntnis fest in Kopf und Herzen ruht. Wir halten es für wichtiger, mit all der Kraft und Gesundheit, die unserer Gedankenwelt noch innewohnt, dem siechen Körper des Volkes neue Säfte zuzuführen und damit in ähnlicher Weise zu handeln, wie es auch die ärztliche Wissenschaft in schweren Krankheitsfällen zu tun pflegt. Um aber so wirken zu können, müßten alle die Bedenken fallen, die auf seiten der republikanischen Parteien noch bestanden und uns unter dem Eindruck der Ermordung des deutschen Außenministers weiter entgegengehalten worden wären, hätten wir nicht die Hand zu einer Nothilfe geboten. In dieser Zeit neuer revolutionärer Gärungen genügten Erklärungen nicht. Wir mußten durch die Tat beweisen, daß uns der Schutz und der Bestand unseres gegenwärtigen Staates mit seiner republikanischen Verfassung ebenso wie der aus innerer Überzeugung sich zur Republik Bekennenden als eine unbedingte Voraussetzung für die Überwindung der den Bestand unseres Vaterlandes bedrohenden Krisis erschien. Die Deutsche Volkspartei hat diese Konsequenz gezogen, und zwar in einer so eindeutigen und überzeugenden Weise, daß sich fortan Führer und Wähler der republikanischen Parteien diesem Bekenntnis zur Mitarbeit nicht mehr verschließen können. Damit wurde der Weg zu einer Arbeitsgemeinschaft der Mitte frei.

Das Zustandekommen einer solchen Arbeitsgemeinschaft aber bildete die Voraussetzung für die Erreichung eines weiteren Zieles, nämlich jene Einwirkung auf die gesamte Politik der Reichsregierung, die diese vor einem unabsehbaren und endlosen weiteren Nachgeben gegenüber den Forderungen unserer Feinde, aber auch gegenüber den durch die Gewerkschaftsführer immer wieder auf die Straße gerufenen Massen in Zukunft warnen und bewahren soll. Wir haben an dieser Art, Politik zu machen, oft und unter eingehenden, sachlichen Darstellungen Kritik geübt. Wir wissen wohl, daß die Regierung des Reiches nicht frei dasteht, sondern sich zum Teil mit gebundenen Händen schwierigen Verhältnissen gegenüber sieht. Aber auch unter Würdigung aller dieser Schwierigkeiten vermissen wir die Aufstellung von Zielen, wie sie unerläßlich sind für die Herstellung einer nationalen Einheitsfront, die allein uns aus der Umklammerung unserer Erdrücker hinausführen könnte und damit den langsam weiterfressenden Krankheitsprozeß beenden würde. Oder gibt es eine treffendere und schärfere Kritik, wie sie — gewiß unfreiwillig — ein parteiloses Blatt zu Beginn dieses Sommers über unsere politische Leitung fällte, wenn es schrieb: „Aber was kann schließlich unter den schwierigen Verhältnissen ein deutscher Kanzler, der sich gegen das schreiende Unrecht nicht mehr auf die Macht, der sich nur noch auf das Recht stützen kann, anderes tun, als hoffen und harren?" Wir sind der Ansicht, daß er handeln oder abtreten sollte. Daß einer dieser Wege bald beschritten wird, dafür hoffen wir in der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei eine Bürgschaft für die Zukunft erblicken zu können. Ob unter allen diesen Erwägungen das Wagnis, das unter Stresemanns mutiger Führung unternommen wurde, zu groß, der Preis zu hoch genannt werden kann, das möchten wir hiernach bezweifeln. Im übrigen wird der Lauf der Dinge bald in dieser Richtung uns alle eines Urteils entheben. Wir glauben nicht, daß dieser mit einer außerordentlichen politischen Weitsicht begabte Führer alle die Bedenken und Gefahren übersehen hat, die sich für eine Partei von der Tradition der Deutschen Volkspartei aus der Mitwirkung an diesem Gesetze ergeben. Wir glauben vielmehr, daß es sein Wunsch war, die von der „Germania", dem Blatt des Reichskanzlers, den Gewerkschaften entgegengerufene Parole: „Bis hierher und nicht weiter!" nachdrücklichst dadurch zu unterstützen, daß er in diesem Augenblicke sich mit seinen Freunden hinter die Regierung stellte.

Denn das muß heute offen ausgesprochen werden: Wir vertragen keinen weiteren Terror und wir wenden uns auf das allerentschiedenste gegen die Art der Gewerkschaften, mit der sie — immer nur die Innenpolitik im Auge ohne jede Rücksicht auf unsere Lage — sich zu einer Nebenregierung in Deutschland aufzuwerfen suchen. Der Preis, den wir für alle diese Unruhen bezahlen müssen, ist zu hoch! Er setzt sich angesichts des geringen Kredits, den wir noch in der Welt besitzen, sofort in den Dollar um, und diese Zusammenhänge werden trotz aller irreführenden Mache der Linkspresse doch auch von den Arbeitermassen allmählich erkannt werden. Wir verstehen es, wenn der Arbeiter in seinen Gewerkschaften die für ihn gegebenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen sieht, aber wir können uns nicht denken, daß er durch dick und dünn den sozialdemokratischen Parteien auch im politischen Kampfe seine Stimme gibt, wenn ihm eines Tages, an dem der Lauf der Dinge stocken wird, die verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik klar werden. Nichts wird dann die Arbeiterschaft von der Erkenntnis ablenken können, daß der Feind nicht rechts, sondern daß er am Rhein und an der oberschlesischen Grenze steht. Oder sprechen vielleicht die Worte des Generals Nollet, mit denen er in einer Kommissionssitzung dem englischen Vertreter entgegneie, nicht eine zu deutliche Sprache: „Ich bin Franzose, und als solcher vertrete ich die Interessen der französischen, nicht der deutschen Arbeiterschaft. Deutschland hat zwar das Londoner Ultimatum durchgeführt und seine Waffen und Munition abgeliefert. Es ist damit aber noch lange nicht entwaffnet. Erst die Zerstörung der deutschen Wirtschaft macht die Entwaffnung zu einer vollständigen." Diesen Worten entsprechen die Taten, deren Wirkung wir jeden Tag an unserem Volkskörper spüren. Was sollen demgegenüber die albernen und phrasenhaften papierenen Proteste, wie sie gerade in diesen Tagen wieder der „Vorwärts" unter der Überschrift „Ein Kampf um Menschenrechte" erhebt? Er protestiert in jeder zehnten Zeile, aber mit diesen Protesten wird er bei seinen französischen und englischen Genossen keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Sie könnten nur wirken, wenn hinter ihm Taten ständen, die einwandfrei erkennen ließen, daß auch die deutsche Sozialdemokratie bereit ist, sich auf den Boden nationaler Abwehr gegen die planmäßige Erdrosselung des deutschen Volkes zu stellen.

Dies ist die Schicksalsfrage, die schon für die nächste Zeit gestellt werden kann. Heute noch steht es bei der Sozialdemokratie, ob sie blind auf den Wegen innerer Politik weitertaumeln und das nahende Ende nicht sehen will, oder ob sie bereit ist, mit allen denen zusammen, die auf dem Boden der — von der Sozialdemokratie vertretenen — republikanischen Staatsform den Kampf gegen unsere Unterdrücker aufnehmen wollen, ihren Mann zu stellen. Es ist ein Zeichen schwerer innerer Erkrankung, wenn diese große Partei in Zeiten, in denen es sich um Sein und Nichtsein unseres Volkes handelt, in ihren ganzen politischen Handlungen und in ihren Presseäußerungen kein anderes Ziel zu sehen scheint, als die kleinliche Verunglimpfung und Verfolgung der politisch Andersdenkenden, als die fortwährende Inszenierung eines Druckes der Straße. In dies Kapitel gehört auch die Unterdrückung der aus den Erlebnissen des Weltkrieges entstandenen Regimentsfeiern und aller vaterländischen Erinnerungen, die ein gleiches Ziel verfolgen. Glaubt man denn wirklich, daß diese elementaren Niederschläge großer geistiger Erlebnisse, wie sie der letzte Krieg in seiner Zusammenfassung des ganzen Volkes zur Abwehr brachte, sich auf die Dauer unterdrücken lassen, und daß der Sinn dieses Krieges mit Schlagworten, wie Schlächterei und ähnlichem albernen und verletzenden Geschreibsel, in seiner tiefen Bedeutung getroffen wird? Gab es nicht damals eine Volksgemeinschaft und haben wir nicht auch eine Verpflichtung gegenüber der ungeheuren Schar stumm gewordener Kämpfer, die nicht für die in unserer heutigen Welt utopische Idee einer Völkerversöhnung, sondern für die Verteidigung der Lebensnotwendigkeiten ihres Vaterlandes gefallen sind? Oder glaubt die Sozialdemokratie durch ihre Demonstrationen diese ganze Gedankenwelt, die sich mit der Macht einer Naturgewalt durchsetzen wird, bekämpfen oder unterdrücken zu können? Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß in Berlin das Zusammentreiben der Massen zu diesen Demonstrationen durch Drohung und Gewalt, durch Aufstellung von Kontrollorganen vor den Fabriken, auf den Straßen und vor den Bahnhöfen der Stadtbahn zu großen Rückschlägen geführt hat, die sich teilweise schon in den Tausenden von Austrittserklärungen aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften gezeigt haben. Die Quittung des Wahlzettels wird in dieser Beziehung noch eine etwas deutlichere Sprache reden, da die geheime Wahl es dem Einzelnen gestattet, sich dem sonst auf ihn ausgeübten Druck zu entziehen. Es ist weiter ein offenes Geheimnis, daß draußen im Lande die Parolen der Berliner sozialistischen Parteileitung teilweise nur mit größtem Widerstreben ausgeführt worden sind, und daß die sozialistische Presse nur unter einem starken Drucke stehend sich in der Provinz für die Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen, eingesetzt hat. Es ist schließlich aber auch unmöglich, die Masse auf der Straße in einer Zeit nationaler Not nach dem Klange von Liedern und Weisen marschieren zu lassen, die durch und durch undeutsch sind, und heute, wo das Volk im stillen, aber erbitterten Kampfe um sein Leben ringt, auf jeden Unbefangenen geradezu abstoßend wirken müssen. Sie mögen einst, als sich die junge sozialistische Bewegung an der französischen Revolution berauschte und geistige Anlehnung suchte, noch einen gewissen Sinn gehabt haben. Wer empfindet aber heute nicht Scham über die schmachvolle Gedankenlosigkeit, Massen deutscher Arbeiter hinter der Marseillaise, der Nationalhymne unseres Erbfeindes, dessen unauslöschlicher Haß uns mit Vernichtung bedroht, aufziehen zu lassen.

Eine große Partei kann in diesen Schicksalsstunden unseres Volkes nicht geführt werden wie ein Verein, der sich das ideelle Ziel einer Befreiung der Menschheit gesetzt haben mag. „Ihr seid rettungslos verloren," sagte in diesen Tagen der Amerikaner Vanderlip, und wenn auch dieser Pessimismus noch durch die Notwehr eines entschlossenen Volkes zunichte werden kann, so ist es doch wahr, daß es jetzt gilt, sich entgegenzustemmen oder unterzugehen. Große Entscheidungen reifen zuerst langsam und fast unmerklich heran, um eines Tages mit unaufhaltsamer Kraft über uns hereinzubrechen. Die Wirklichkeit verlangt die Sammlung des deutschen Widerstandes gegen unsere Unterdrücker und Aussauger mit allen Mitteln der Politik und Wirtschaft des Geistes und — wenn es sein muß — der Gewalt.

In seinen Tagebuchblättern versucht Dostojewski den russischen Volkscharakter zu erklären und zu verstehen, aus dem eigenartigen Zug, Schweres auf sich

zu nehmen und leiden zu müssen. Die Erscheinungen der letzten Jahre lassen fast an ähnliche innere Zusammenhänge im Deutschen glauben. Preußens geschichtliche Aufgabe und Verdienst waren es, den vielleicht zu weichen Menschen deutscher Zunge und Denkens jene harte Prägung der Pflicht und des Willens gegeben zu haben, die einer deutschen Kulturgemeinschaft im Herzen eines ruhelos ringenden Europas erst das schützende Vaterland schuf.

Zu den vaterländisch Denkenden, die dieses in einem unabsehbaren geistigen Ringen geschaffene und mit Ströme besten deutschen Blutes verteidigte Gut vor der Vernichtung schützen werden, wird sich auch der Teil der deutschen Arbeiterschaft schlagen, der heute noch zweifelt oder ohne die Erkenntnis der letzten Ziele vor den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes steht. Den Mut der Vorkämpfer aber und ihren Willen, mit allen geistigen Waffen für eine Gesundung in Form einer wahren Volksgemeinschaft zu kämpfen, wird keine Verhetzung und kein Terror der Straße brechen können. Denn er steigt aus der reinen, unanfechtbaren Wahrheit eigenen Erlebens herauf. Als wir draußen dem Feinde und dem Tode ins Antlitz schauten, da ergriff sie uns und trug uns über schwerste Stunden hinweg, auch heute noch unsere Hoffnung auf eine Gesundung des Vaterlandes aus tiefster seelischer Erkrankung. Diese Wahrheit spricht aus dem „Liede eines deutschen Arbeiters“:

„Immer haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Nur wir haben sie nie mit Namen genannt.
Als man uns rief, da zogen wir freudig fort,
Auf der Lippe nicht, aber im Herzen das Wort:
Deutschland!“ Dr. W. J.

Die Schutzgesetze und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Bei der ersten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik hat Abg. Dr. Stresemann in seiner Reichstagsrede die Bereitschaft seiner Fraktion zum Ausdruck gebracht, an der Ausgestaltung des Gesetzes positiv mitzuarbeiten, zugleich hat er aber auch den lebhaften Bedenken Ausdruck gegeben, die gegen gewisse Bestimmungen des Gesetzes bestanden. Dieser Linie ist die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bis zum Schluß treu geblieben. Sie hat in dem Rechtsausschuß zahlreiche Abänderungsanträge gestellt, von denen einige wesentliche von Erfolg gewesen sind. Ihr Hauptbestreben ging dahin, die stark eingeschränkte Versammlungsfreiheit gegen den Terror gewaltsamer Störungsversuche sicherzustellen. Dieses Bestreben hat in dem sogenannten Sprengungsparagraphen Ausdruck gefunden, der Gewalttätigkeiten gegen Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen unter strenge Strafe stellt. Es ist gelungen, dieser Sicherung der Versammlungsfreiheit Eingang in das Gesetz zu verschaffen.

Ferner ist es auch gelungen, den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Befreiung der Geschwister von der Anzeigepflicht für alle Fälle durchzusetzen, in denen durch das Unterbleiben der Anzeige kein Mord verschuldet ist. Wichtig ist ferner, daß der Widerstand der Deutschen Volkspartei den Kommissionsbeschluß über die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes zu Fall gebracht hat. Der ursprüngliche Entwurf ist insofern wiederhergestellt worden, als drei Reichsgerichtsräte in dem Staatsgerichtshof Sitz und Stimme haben müssen. Wichtig ist ferner, daß es durch den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Abkürzung der Geltungsdauer gelungen ist, eine ausdrückliche Versicherung des Ministers Dr. Radbruch herbeizuführen, die keinen Zweifel daran läßt, **daß das Gesetz nach einjähriger Dauer durch einfache Reichstagsmehrheit wieder aufgehoben werden kann.** Ebenso wichtig wie diese positiven Verbesserungen ist aber die Tatsache, daß alle Bestrebungen der Sozialdemokratie, den einseitigen Charakter des Gesetzes wiederherzustellen, an dem festen Widerstand der anderen Parteien gescheitert sind. Das Gesetz zum Schutz der Republik hat in dem Ausschuß eine Fassung gewonnen, die auch nach der ausdrücklichen Versicherung des Reichsjustizministers eine unparteiliche Anwendung des Gesetzes gegen rechts und links sicherstellt. Und diese Fassung ist aufrechterhalten worden, obgleich die Sozialdemokraten auch im Plenum ihre Anträge auf besondere Verfolgung monarchistischer und rechtsgerichteter politischer Bestrebungen wiederholten.

Auch die unerträgliche Ausnahmebestimmung gegen Mitglieder landesherrlicher Familien ist trotz des Widerstandes der Sozialdemokraten endgültig beseitigt worden. Die Mitglieder der ehemaligen landesherrlichen Familien müssen wie die anderen deutschen Staatsbürger behandelt werden, und es ist kein Ausnahmerecht geschaffen worden, das die Handhabe bieten könnte, sie des Landes zu verweisen.

Man wird hoffen dürfen, daß die schwere Krisis, die namentlich durch Überspannung der sozialdemokratischen Forderung heraufbeschworen worden ist, nunmehr wieder der inneren Ruhe Platz macht, die wir unbedingt brauchen, um den schweren außenpolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit gewachsen zu sein.

Dagegen hat die Fraktion bezüglich des Amnestiegesetzes und der Verschärfung der Disziplinarbefugnisse gegen die Beamten **ihren ablehnenden Standpunkt aufrechterhalten.**

Die bayerische Krisis.

Die bayerische Krisis, die schon auf die Reichsrats- und Reichstags-Verhandlungen über die Schutzgesetze ihre Schatten warf, ist inzwischen eingetreten. Die Koalition ist am Zerfallen, da die bayerischen Demokraten aus der Regierung austreten, und das parlamntarische Bild schwankt noch zwischen Regierungsneubildung und Auflösung des Landtages. Deutlich erkennbar ist aber schon jetzt, wie der bayerische Kurs gehen soll. Die bayerische Regierung schlägt Maßnahmen vor, durch die sie sich zwar den Inhalt des Gesetzes zum Schutze der Republik zu eigen macht, jedoch die Ausführung vollkommen in die eigene Hand nimmt und dadurch sowohl die Reichszentralbehörde wie auch den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ausschaltet. Die bayerische Regierung will alle Vergehen und Verbrechen, die unter das Schutzgesetz fallen, durch ihre eigenen Staatsanwälte verfolgen lassen und die Fälle zur Entscheidung vor die bayerischen Volksgerichte bringen. Die bayerische Regierung beruft sich dabei auf Artikel 48 der Reichsverfassung, der den Landesregierungen das Recht gibt, im Falle dringender Gefahr Bestimmungen der Verfassung außer Kraft zu setzen. Aber bei dieser Berufung auf einen Artikel der Verfassung handelt es sich nur um einen Notbehelf, der seine Schuldigkeit nur für kurze Zeit tun kann. Tatsächlich tritt Bayern durch die Maßnahmen, die es in Aussicht stellt, in Gegensatz zu einem Reichsgesetz, und seine Haltung ist mit dem Gedanken der Reichseinheit nicht mehr völlig in Einklang zu bringen.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird man die bayerische Krisis zu betrachten haben. Die Gefahr, die hier emporwächst, bedroht tatsächlich die Reichseinheit. Wenn es dazu gekommen ist, so liegt die Schuld daran nicht nur auf einer Seite. Wir erinnern daran, daß bei den Reichstagsverhandlungen die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen mit der Bayerischen Volkspartei Anträge gestellt hat, die bezüglich des Staatsgerichtshofes das Recht der einzelnen Länder wahren sollten. Dr. Stresemann hat in seiner Rede noch darauf aufmerksam gemacht, daß sachlich nicht der mindeste Grund vorlag, diese Anträge abzulehnen, da ja im Reichsrat Bayern nicht allein herrscht und die Beschlüsse hätten mit Mehrheit gefaßt werden müssen. Aber alle Anträge, die das Mitbestimmungsrecht der Länder wahren sollten, sind im Reichstag abgelehnt worden. Man kann also die Stimmung in Bayern verstehen, wie denn auch Herr Dr. Stresemann zutreffend bemerkt hat, daß die Art, wie das Schutzgesetz vom Reichstag verabschiedet worden ist, es unseren bayerischen Parteifreunden schwer macht, das Gesetz vor dem Lande zu verantworten. Auf der anderen Seite aber muß man hervorheben, daß dem Schutzgesetz im Reichstag doch eine Gestalt gegeben worden ist, die eine mißbräuchliche Auslegung des Gesetzes zum mindesten außerordentlich schwer macht und die deshalb auch für die widerstrebenden Länder annehmbar wäre. Wenn Bayern der Ausführungsgewalt des Reiches seine Tore schließt, wenn es das Reichskriminalgesetz zurückweist, so könnte ein solches Verfahren, sobald es Nachahmung findet, zu den bedenklichsten Folgen führen. Denn es wäre denkbar, daß nach dem bayerischen Beispiel man vielleicht nun auch in Thüringen oder Sachsen auf den Gedanken kommt, Volksgerichte mit der Aburteilung zu betrauen und die Reichsgewalt auszuschalten. Zu welchen Folgen das in den Ländern mit sozialdemokratischer Mehrheit führen müßte, vermag sich jeder selbst zu sagen. Deshalb ist die Bahn, die Bayern beschritten hat, rein sachlich gesehen, von schwer übersehbaren Folgen begleitet.

Aber jetzt, wo die Streitfrage mit allem Ernst aufgeworfen zu sein scheint, ist es unbedingt nötig, den Gedanken der Reichseinheit obenan zu stellen. Wir hoffen dringend, daß alle reichstreuen Bevölkerungsschichten in Bayern — und sie werden der Zahl nach wohl überwiegen — die Notwendigkeit nicht aus dem Auge verlieren, das Reichsgefüge unbedingt aufrecht zu erhalten. Ein bayerischer Partikularismus, der in der Blütezeit des Reiches schon gefährlich genug war, würde heute für den Bestand des Reiches tödlich sein. Auch auf der Seite der Reichsregierung hoffen wir auf volles Verständnis für die gefahrdrohende Lage. Man wird der Reichsregierung nicht zumuten dürfen auf die Machtbefugnisse des Reiches gegenüber einem einzelnen Lande zu verzichten; aber man wird unbedingt verlangen müssen, daß dieser Machtbegriff nicht überspannt wird, sondern daß in Berlin dieselbe Verständigungsbereitschaft vorhanden ist, die man in München beweisen muß. Nur wenn dieses gegenseitige Einlenken vorhanden ist, kann die schwere Gefahr der bayerischen Krisis abgewendet werden.

Geheimrat Quaatz über „Spaltungen in der D. V. P.“

Ein Berliner Mittagsblatt hatte im Anschluß an die Austritte aus der Deutschnationalen Partei die Nachricht verbreitet, daß der Abg. Dr. Quaatz aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten sei. Obwohl diese Meldung den Stempel der Erfindung an der Stirn trug, ist sie doch vom „Vorwärts“ aufgenommen worden und hat von hier aus den Weg in die sozialdemokratische Provinzpresse gefunden. Deshalb sei hier festgestellt, daß es sich um eine reine Phantasiemeldung handelt, die jeder Grundlage entbehrt.

* * *

Von Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Quaatz erhalten wir folgende Zuschrift:

„Aus Anlaß der Annahme des sogenannten Schutzgesetzes gehen in der Linkspresse wieder wilde Gerüchte über Spaltungen in der Deutschen Volkspartei um. Da hierbei mein Name besonders genannt wird, möchte ich dazu Stellung nehmen.

Die Spaltungsgerüchte treten immer dann auf, wenn die Linke selbst in großen taktischen Schwierigkeiten steckt. Das ist jetzt der Fall. Die Sozialdemokratie hat wieder den Zauberlehrling gespielt. Sie wird die Massen der Straße und die linksradikalen Brüder, die sie zu Hilfe rief, nur schwer wieder los. So bestand die Gefahr, daß das Reich in Neuwahlen hineintaumelte, die wohl keiner anderen Partei so gefährlich geworden wären, wie den zurzeit in Macht und Amt befindlichen Mehrheitssozialdemokraten. Bei den Entschließungen der Deutschen Volkspartei war naturgemäß die Rücksicht auf diese Gefährdung der herrschenden Partei nicht ausschlaggebend, wohl aber die Rücksicht auf die Interessen des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Neuwahlen hätten namentlich den Franzosen den Vorwand zu weiteren Bedrückungen und zu weiteren Herauszögerungen der endgültigen Frie-

densverhandlungen abgeben können und auch innerlich schwerlich zur Beruhigung und zur Förderung der Arbeit gedient. Diese Erwägung führte dazu, daß im vollen Einvernehmen der gesamten Reichstagsfraktion sich eine Mehrheit zur Zustimmung zu dem Gesetze entschloß, die ausreichte, um die verfassungsgemäß erforderliche Zweidrittel-Majorität zu erreichen. Ebenso war die Fraktion in der materiellen Beurteilung des Gesetzes einig. Alles war bereit, dem Staat scharfe Strafbefugnisse gegen Mörder und Umsturzorganisationen in die Hand zu geben. Alles war einig in der Verurteilung der Bestimmungen, die gleichzeitig die Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen gefährden und die Meinungsfreiheit des Beamtentums in rückschrittlicher Weise einengen, ferner in der Verurteilung der Ausdehnung der Denunziationspflicht, endlich in der Verurteilung der Zusammensetzung der Ausnahmegerichtshöfe. Dadurch, daß die Deutsche Volkspartei dem höchst mangelhaften und bedenklichen Gesetz aus höheren außenpolitischen und innenpolitischen Rücksichten zur Annahme verhalf, hat sie wieder ein Opfer gebracht, durch das der jetzigen Regierung überhaupt der Fortbestand ermöglicht ist. Es ist zu hoffen, daß namentlich im Zentrum man für dieses Opfer das richtige Verständnis haben wird, das die Deutsche Volkspartei frei von allen eigensüchtigen Absichten gebracht hat. Hierdurch ist ein Riß zwischen den bürgerlichen Parteien vermieden, deren Zusammenwirken die Zukunft gehört. Der Versuch der sozialdemokratischen Gewerkschaften, entgegen ihren eigenen alten, guten Traditionen mit Hilfe der Straße das parlamentarische, verfassungsmäßige Regiment über den Haufen zu rennen, zeigt deutlich genug, wie notwendig eine gemeinsame Abwehr der national und christlich gesinnten Bürger- und Arbeiterkreise ist.

Ein Fingerzeig.

Am 26. Juni, also zwei Tage nach der Ermordung Rathenaus und unter dem vollen Druck der ersten Erregung, haben in Bremerhaven und Vegesack Stadtwahlen stattgefunden, die einen sehr deutlichen Fingerzeig für die Sozialdemokraten aller Schattierungen dafür ergaben, daß sie in ihren Hoffnungen auf eine Neuwahl des Reichstages grausam enttäuscht werden könnten. Im Wahlkampf dort an der Wasserkante war das Bürgertum leider zersplittert und gespalten, da die Demokraten stark gegen die Deutsche Volkspartei wühlten und sich außerdem die Vertreter von Sonderinteressen, wie Wirtschaftliche Vereinigung, von den großen Parteien getrennt hatten. Außerdem wurde von den Sozialisten unter dem Zeichen des Brotwuchers mit größter Gehässigkeit, mit allen Mitteln der Verleumdung und Entstellung gekämpft. Trotz alledem erlitten die Sozialisten eine schwere Niederlage und aus der bisher sozialdemokratischen Mehrheit von 21 Sitzen gegen 19 bürgerliche in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung wurde eine Minderheit von 17 gegen 19 bürgerliche Sitze.

Wie groß in den letzten Jahren die sozialistischen Verluste gewesen sind und wie sie bis zur letzten Wahl stetig zugenommen haben, ergibt sich für Bremerhaven aus folgender Zusammenstellung, die auch — ein anderer Fingerzeig für die Demokraten — deren Rückgang klar erkennen läßt:

Bremerhaven.

	9. 3. 1919 Bremer Bürgerschaft	6. 6. 1920 Bremer Bürgerschaft	20. 2. 1921 Bremer Bürgerschaft	25. 6. 1922 Stadtverordnetenwahl
M. S.	2927	3011	3065	2617
U. S.	1415	2950	1895	1457
Kom.	—	—	678	431
Soz. zus	4342	5961	5638	4505
%	51,5	51,1	49,0	47,8
D. N. und D. V. P.	1207	2824	3850	2941
Zentrum		517		316
Demokr.	2882	2345	2026	1653
Nichtsoz. zus.	4089	5686	5876	4910
%	48,5	48,9	51,0	52,2

Ähnlich liegen die Dinge in Vegesack, wo die sozialistischen Stimmen in den gleichen Wahltagen 49,5, 45,7, 39,8 und zuletzt nur 39,1 vom Hundert betrugen, während die bürgerlichen von 50,5 auf 60,9 vom Hundert angewachsen sind.

Aus der Partei.

Wahlkreisverband Westfalen-Süd.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd hielt am 19. Juli in Dortmund unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Vögler eine sehr gut besuchte Sitzung ab. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Moldenhauer hielt zunächst einen Vortrag über die politische Lage, der einmütigen Beifall fand und eine lebhafte Aussprache auslöste, an der sich die Herren Abgg. Geh. Rat Quaatz, Dr. Cremer, Dr. Grundmann und Dr. Vögler, sowie die Herren Klingspor, Hünnebeck und Hembeck beteiligten. Ferner wurde beschlossen, am 7. und 8. Oktober den diesjährigen Parteitag in Siegen abzuhalten.

Rheinisch-westfälische Arbeitsgemeinschaft.

Die sechs Wahlkreisverbände der Deutschen Volkspartei in Rheinland-Westfalen, die zwecks engerer politischer Zusammenarbeit bislang zu einer rheinischen und einer westdeutschen (westfälischen) „Arbeitsgemeinschaft" zusammengeschlossen waren, haben in Dortmund die Zusammenfassung dieser provinziellen Arbeitsgemeinschaften zu einer einheitlichen rheinisch-westfälischen vollzogen. — Die Gründungstagung wurde vom Vorsitzenden des niederrheinischen Wahlkreisverbandes, Hüttendirektor Kuhbier-Duisburg, mit Worten des Dankes für die Leiter der bisherigen Arbeitsgemeinschaften eröffnet und gab sich zunächst ihre Satzung. Die nach dem Entwurf beschlossenen Satzungen betonen u. a. das Weiterbestehen der vollen Selbständigkeit der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Wahlkreisverbände, bestimmen als Organe der Arbeitsgemeinschaft Vertreterausschuß und Vorstand und bezeichnen Inhalt und Umfang ihrer Aufgaben. Der dreigliedrige Vorstand wurde einstimmig wie folgt gewählt: Generaldirektor Dr. Vögler, M. d. R., Dortmund (Vorsitzender), Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer, M. d. R., Köln, und Hüttendirektor Kuhbier, Duisburg (stellv. Vorsitzende). Zum künftigen Tagungsort wurde Essen bestimmt. Als Ziel der neuen Gründung bezeichnete der nun gewählte Vorsitzende eine möglichst weitreichende Zusammenfassung der Kräfte, deren Wirken es auf die gegebene einheitliche Linie zu stellen gelte, in technisch-organisatorischen Fragen sowohl, wie besonders auch in denen der Politik.

Die anschließende Erörterung der allgemeinen Lage des Vaterlandes leiteten ausführliche Referate ein; das politische Gesamtbild zeichnete Professor Moldenhauer, das Bild der Wirtschaft und den Rahmen der Wirtschaftspolitik entwarf Generaldirektor Vögler. In der Aussprache ergriffen das Wort: Direktor Kuhbier-Duisburg, Abg. Dr. Most-D.-Ruhrort, Lehrer Herrmann-Lennep, pr. Abg. Kaufmann Engberding-Münster, Abgeordneter Dr. Quaatz-Essen, Professor Wentz-Gütersloh und im Schlußwort der politische Referent. Die Berichte wie die Aussprache ließen den schweren Ernst der wirtschaftlichen und inneren Lage erkennen und betonten übereinstimmend die ausschlaggebende Bedeutung, die angesichts dieser Lage ganz besonders der bisherigen und künftigen zielklaren Arbeit der geschlossenen Deutschen Volkspartei zukommt.

Aus der praktischen Parteiarbeit.

In einer englischen Zeitung werden die nachfolgenden 10 Gebote zur Lähmung des Vereinslebens veröffentlicht, die wir unsern Lesern zur Weitergabe an etwa in Betracht kommende Parteifreunde empfehlen, wenn es sie wirklich geben sollte:

1. Besuche keine Vereinsversammlungen.
2. Wenn du kommst, so komme zu spät.
3. Wenn das Wetter schlecht ist, so komme natürlich nicht.
4. Wird eine Versammlung vorbereitet, so erkläre die vorbereitenden Arbeiten des Vorstandes und der anderen Mitglieder für verkehrt.
5. Nimm nie ein Amt an, da es leichter ist, zu kritisieren, als selbst Arbeit zu leisten.
6. Trotzdem sei gekränkt, wenn du zur Mitarbeit nicht aufgefordert wirst. Hast du doch ein Amt angenommen, so geh nicht zu den Sitzungen.
7. Wirst du um deine Meinung gefragt, so sage, du habest nichts zu bemerken. Nachher erzähle allen, wie es hätte gemacht werden müssen.
8. Tu nur das absolut Notwendigste. Wenn aber andere Mitglieder selbstlos Zeit und Arbeit für die Sache einsetzen, so klage über Cliquenwirtschaft.
9. Bezahle deinen Beitrag möglichst spät, noch besser gar nicht.
10. Kümmere dich möglichst wenig um Werbung neuer Mitglieder. Laß das andere tun.

Weidenau.

Am 29. 7. 22 hielt die Ortsgruppe Weidenau der Deutschen Volkspartei eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab, zu der vom Kreisvorstand Herr Bergschullehrer Hellmann und von der Kreisgeschäftsstelle Herr Nitschke gekommen waren. Der 1. Vorsitzende, Herr D. Nöh, eröffnete und leitete die Versammlung. Über die Haltung der D. V. P. in der letzten bewegten Zeit entstand ein lebhafter Meinungsaustausch, an dem sich auch die Herren aus Siegen beteiligten und auf Grund der Teilnahme an Versammlungen in Hagen und Elberfeld wertvolle Aufschlüsse geben konnten.

Die Stelle des 2. Vorsitzenden, die seit Neugründung der Ortsgruppe unbesetzt war, wurde Herrn Studienrat Malsch übertragen. Der nächste politische Abend wird im Laufe nächster oder übernächster Woche stattfinden. W.

Kundgebungen der Deutschen Volkspartei.

Der Bezirksverein Niederhessen der Deutschen Volkspartei

hat am Sonntag auf einer Tagung in Kassel folgende Entschließung gefaßt:

„Der Bezirksverein Niederhessen der Deutschen Volkspartei billigt die Beschlüsse des Reichsausschusses der Partei und dankt der Reichstagsfraktion für ihre in schwerer Zeit geleistete sachliche Arbeit.

Von der Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte erhoffen wir eine Gesundung und Festigung der parlamentarischen und innerpolitischen Verhältnisse.

Der Bezirksverband spricht Herrn Dr. Stresemann erneut Dank und Anerkennung für die staatsmännische Führung der Partei aus und beglückwünscht ihn zu seiner Genesung."

Entschließung des Ortsvereins Dortmund der Deutschen Volkspartei.

Im Ortsverein Dortmund der Deutschen Volkspartei sprach am 18. Juli 1922 der Geschäftsführer Dr. Mahler über die politische Lage. Als Ergebnis der Aussprache der Mitgliederversammlung wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Der Ortsverein Dortmund der Deutschen Volkspartei spricht der Reichstagsfraktion und ihrem bewährten Führer Dr. Stresemann für die staatsmännisch kluge Haltung, die sie in den Tagen höchster innerer Not zum Wohle des Vaterlandes eingenommen haben, seinen Dank und sein vollstes Vertrauen aus."

Tagung des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-Ost der Deutschen Volkspartei.

Eine von 800 Delegierten besuchte Tagung des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-Ost, die am Sonnabend in Elberfeld stattfand, bekannte sich einmütig zu den Beschlüssen des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei vom 9. Juli und faßte eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung.

Oberbergischer Bezirksverband.

Auf dem in Gummersbach stattgehabten Vertretertag des Oberbergischen Bezirksverbandes wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Der Vertretertag des Oberbergischen Bezirksverbandes der Deutschen Volkspartei billigt nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Moldenhauer einstimmig die Politik der Reichs- und Landtagsfraktion: Er dankt seinem Abgeordneten Moldenhauer besonders für seine erfolgreiche Arbeit im Steuer- und Sozialausschuß und für sein tatkräftiges und unerschrockenes Eintreten zum Schutze der schwergeprüften Bewohner im besetzten Teil unserer Heimatprovinz.

Dem Führer der Partei, Herrn Dr. Stresemann, und den beiden volksparteilichen Ministern in der preußischen Regierung, Herren Dr. v. Richter und Dr. Boelitz, spricht er gleichfalls tiefen Dank und vollstes Vertrauen aus."

Ortsverein Kiel.

Der Vorstand des Ortsvereins Kiel der Deutschen Volkspartei billigt in einer Entschließung die Haltung der Reichstagsfraktion während der verflossenen Krise und spricht ihr und insbesondere dem Abgeordneten Dr. Stresemann sein vollstes Vertrauen aus. Er verlangt, daß die Schutzgesetze gleichmäßig nach rechts und links angewandt werden, daß die Freiheit der Persönlichkeit gegen den Terror der Straße geschützt und das Gesetz gegen die Sprengung von Versammlungen so schnell als möglich verabschiedet wird.

Entschließungen des Landesausschusses der Deutschen Volkspartei in Württemberg.

Am 15. Juli trat der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg zu einer außerordentlich zahlreich besuchten Tagung zusammen. Nach eingehender Aussprache fanden folgende Entschließungen einstimmige Annahme:

1. „Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg stellt sich auf den Boden der Entschließung des Reichsausschusses vom 9. Juli und fordert auch seinerseits die Parteifreunde im Lande auf, im Sinne der dort festgelegten Richtlinien die Politik der Partei zu unterstützen und zu fördern.

Der Landesausschuß spricht der Reichstagsfraktion und ihrem Führer Stresemann Dank und volles Vertrauen aus, wie er auch die Haltung der Fraktion im württembergischen Landtag billigt und diese gleichfalls seines uneingeschränkten Vertrauens versichert."

2. „Die Württembergische Beamtenschaft hat auch unter der neuen Staatsform in Erfüllung ihres auf die Verfassung geleisteten Eides in bewährter Treue dem Volke gedient. Unserer Beamtenschaft ist es vor allem zu danken, daß unser Land vor schweren inneren Erschütterungen verschont wurde und der Staat eine ruhige Fortentwicklung nehmen konnte. Wir wissen, daß die Beamtenschaft auch künftig auf dem Boden der Verfassung am Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeiten wird.

Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei legt daher entschieden Verwahrung ein gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, ihre Rechte zu beschränken und die verfassungsmäßige staatsbürgerliche Freiheit der Beamten anzutasten."

Entschließungen der Deutschen Volkspartei in der Pfalz.

Am 16. Juli trat eine zahlreich besuchte Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises 30 (Pfalz) zusammen. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Entschließungen einstimmig angenommen:

1. „Die Haltung der Reichstagsfraktion und die von ihr unternommenen Schritte, um in der Zeit größter Bedrängnis das Reich und die deutsche Wirtschaft vor dem Schlimmsten zu bewahren, findet unsere volle Billigung. Auch wir sind bereit, unter Wahrung unseres grundsätzlichen Standpunktes, die Frage der Staatsform zurückzustellen und wie bisher mitzuarbeiten.

Unbeschadet unserer Zusammenarbeit mit anderen Parteien werden wir auch künftighin die guten Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei aufrecht zu erhalten bestrebt sein.

Gegen die in jüngster Zeit in verstärktem Maße auftretenden Versuche der verfassungswidrigen Aufrichtung einer einseitigen Partei- und Klassenherrschaft erheben wir schärfsten Einspruch. Wir fordern unsere Parteifreunde auf, sich solchen radikalen Bestrebungen mit allen Kräften zu widersetzen, und wir verlangen von der Regierung kraftvolles Einschreiten gegen alle jene Elemente, die Leben und Eigentum Andersgesinnter unter politischem Deckmantel in unerhörter Weise gefährden."

2. „Die Deutsche Volkspartei der Pfalz hält es in dieser schweren Notlage des Reiches für eine vaterländische Pflicht, an der staatsrechtlichen Zugehörigkeit der linksrheinischen Landesteile in keiner Weise zu rütteln. Sie betrachtet das Verbleiben der Pfalz bei Bayern als eine unumgängliche Notwendigkeit und erblickt in den Versuchen, die sogenannte Pfalzfrage aufzurollen, die schwerste Gefährdung der deutschen Interessen. Mehr als je ist heute der Zusammenschluß aller Deutschen in allen Fragen der Erhaltung der Einheit und des ungeschmälerten Bestandes des Reiches eine gebieterische Forderung."

Jeder Parteifreund werbe für Beobachter-Abonnements und Anzeigen!

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12—16.

Feldmann & Münker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.

Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

C. W. VOGEL

G. M. B. H.

ROHRLEITUNGEN, BEHÄLTER, DRUCKKESSEL, KAMINE — EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK — BLECHARBEITEN, GENIETET, GESCHWEISST, ROH U. VERZINKT

HESSELSCHMIEDE SIEGEN I. W.

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK WEIDENAU/SIEG

KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK- **NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN

IN ALLEN METALLEN

BARMER BANK-VEREIN

Hinsberg, Fischer & Comp.

SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

M. Stern Aktiengesellschaft

Essen

Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.

Schrottbedarf aller Art. | **Bleche** aller Art. | **Nutzeisen.**

Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.

Vertreter:

Fritz Henk, Kreuztal, Kr. Siegen, Bismarckstraße 79.
Fernruf 131 Amt Kreuztal.

Kurzfristig lieferbar, **Wellblech-**



Lagerliste auf Wunsch.

Autogaragen

Gebr. Achenbach

G. m. b. H.,
Weidenau-Sieg. — Postfach Nr. 247.

LOUIS HEES : SIEGEN i. W.

Fernruf 272.

Panzergeldschränke — Effektenschränke — Schreibmaschinenschränke
Safes-Anlagen — Tresor-Armierungen — Mauerschränke.

Ständiges Lager in Schränken verschiedenster Ausführungen. Katalog postfrei.

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

Weidenau.

August Braun

Büromöbelfabrik

Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

H. Capito & Co.,

Weidenau-Sieg

Fernruf 149 — Lager U. Friedrichstr. 12.
Stab-, Band- und Formeisen aller Art.
Eisenbleche.
Röhren- und Verbindungsstücke.
Sämtliche Kleineisenwaren.

Möbelhaus Flender,

Tel. 1244 — Weidenau-Sieg — Tel. 1244.

Wohnungseinrichtungen
in einfachster bis vornehmster Ausführung.
Einzelmöbel — Büromöbel — Sarglager.

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlage von Tengelmanns Kaffeegeschäft
Kolonialwaren, Delikatessen und Weinhandlung
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.
Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Schuhhaus

Paul Saßmannshausen

empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

Zigarren-Spezialgeschäft

Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in
sämtlichen Tabakfabrikaten
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Wilhelm Schweisfurth

Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Josef Thelen

Spezialhaus für Innendekoration,
Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post).
Ruf 1180.



Kenner verlangen
Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.

Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf
Kreis Siegen

Zahnräder

Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und Verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Wäschehaus Franz Schaffiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge, Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Jeder bestelle den Beobachter!

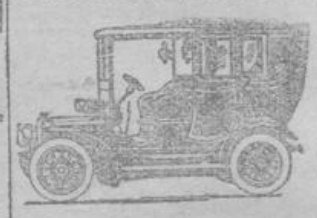
Gebr. Wolf, Siegen
Sondergeschäft für Bürobedarf.
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

J. H. Kurth, Kreuztal
Karbid-Großhandlung
Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen
der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.

Aug. Marx,
Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf = Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.

Rheinmetall
Schreibmaschine
Sofort lieferbar.
Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung
Wilh. Lemke, Siegen i. W.
Fernruf 2011. Löhrstraße
Büro-Bedarf.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.
Generalvertretung
der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.



Automobile.
Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf 126
Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.
Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

BURBACHBETON
Baugesellschaft mit beschränkter Haftung
KROMBACH, KREIS SIEGEN.